

1934 - 1945

# Der sozialistische Kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 11/12

November/Dezember 1987

5 Schilling

## Nachwort zum Bundesparteitag 1987

*In der letzten Ausgabe des „Kämpfers“, die unmittelbar vor dem Bundesparteitag erschien, schrieben wir unter anderem: „Die Gegner der SPÖ versuchen der Öffentlichkeit einzureden, der Bundesparteitag 1987 werde im Zeichen heftiger Personaldebatten stehen. Sie wollen damit von den großen inhaltlichen Fragen ablenken, mit denen sich die höchste Körperschaft unserer Partei auseinandersetzt. Natürlich kann es auch Differenzen bei personellen Entscheidungen geben. Aber sie werden den Parteitag bestimmt nicht prägen.“ Unsere Voraussage ist eingetroffen: Es gab auf dem Bundesparteitag keine Personaldebatte, wie sie der Gegner erhofft hatte, sondern sachliche Diskussionen über inhaltliche Fragen. In vielen Anträgen und Diskussionsbeiträgen wurde auf die ungelösten sozialen Fragen aufmerksam gemacht.*

Die Pensionsreform stand ebenso im Mittelpunkt der Kritik wie Fragen der Verstaatlichung und des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit. Immer wieder wurde betont, daß die Koalition mit der ÖVP nicht zur Preisgabe sozialistischer Grundsätze führen darf. Es wurde verlangt, daß die SPÖ stärker als bisher ihre Eigenständigkeit als sozialistische Gesinnungsgemeinschaft betonen sollte. Es gab auch heftige Kritik an Maßnahmen der Koalitionsregierung, die eine einseitige Belastung der sozial Schwachen bedeuten.

Einen breiten Raum nahm auf dem Bundesparteitag die Frage Waldheim ein. In einem Antrag der Sozialistischen Jugend und in einer Resolution der Sozialistischen Freiheitskämpfer wurde Waldheim aufgefordert, im Interesse Österreichs zurückzutreten. Da die Sozialistische Jugend ihren Antrag zugunsten der Freiheitskämpfer-Resolution zurückzog, gelangte nur diese zur Abstimmung. Der Delegierte des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer, Genosse Hindels, verteidigte unter lebhaftem Beifall die Forderung nach dem Rücktritt des Bundespräsidenten. Er sagte unter anderem: „Wir erkennen die demokratische Wahl Waldheims an. Aber in einer Demokratie ist es zuläs-

sig, auch einen gewählten Funktionär zu kritisieren, und wenn dieser — wie das bei Waldheim nachweisbar der Fall ist — dem Land schweren Schaden zufügt, ist die Aufforderung, er möge zurücktreten, nicht undemokratisch, sondern legitim.“

Die Resolution der Sozialistischen Freiheitskämpfer wurde von allen Sprechern der sozialistischen Jugendorganisationen und der Abgeordneten zum Nationalrat Genossin Gabrielle Traxler unterstützt. Gegen unsere Resolution sprachen die Genossen Karl Blecha, Hannes Swoboda und Heinrich Keller.



Josef Hindels am Rednerpult des Parteitages

Bei der Abstimmung erhielt die Resolution der Sozialistischen Freiheitskämpfer 101 Stimmen, was ungefähr einem Drittel der Delegierten entspricht. Das Interesse der in- und ausländischen Medien war bei der Behandlung des Falles Waldheim außerordentlich stark. Viele Fernseh- und Hörfunkanstalten

Fortsetzung auf Seite 2

### „Vom Februar 1934 zum März 1938“

Eine Veranstaltung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus  
des Wiener Bildungsausschusses der SPÖ und der Alt-SAJ

am Freitag, 12. Februar 1988, um 18.30 Uhr  
im Kongreßhaus, Wien 5, Margaretengürtel 138—140

Es sprechen:

Abg. Johann Schmölz  
Prof. Josef Hindels

Künstlerisches Rahmenprogramm



# Gegen Fremdenhaß und Antisemitismus

Bundeskanzler Vranitzky vor dem SPÖ-Parteitag

Das kommende Jahr wird für Österreich ein Jahr der Besinnung sein. Es werden dann fünfzig Jahre her sein, daß unser Land für sieben lange Jahre von der Landkarte gelöscht wurde, daß wir unsere Existenz als eigener Staat verloren haben. Wir dürfen dieses Besinnen allerdings nicht wie ein dumpfes Gedenken an diesen Tag und die Greuel, die ihm folgen sollten, verstehen. Wir müssen in diesem Besinnen vielmehr eine offene und ehrliche Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit sehen, versehen mit der Bereitschaft, aus dem Vorgefallenen Konsequenzen auch für Gegenwart und Zukunft zu ziehen.

Unsere Analyse darf sich nicht auf die Ereignisse des März 1938 beschränken. Wir müssen vor allem versuchen herauszufinden, wie es zu diesen Ereignissen kommen konnte. Dabei darf nicht haltgemacht werden bei den politischen Ereignissen. Wir müssen die internationalen Verhältnisse zu dieser Zeit analysieren. Wir müssen die ökonomischen Voraussetzungen überprüfen, in denen die Österreicherinnen und Österreicher damals leben mußten, und wir müssen uns vor allem die Frage stellen, wie sehr wir selbst an die Eigenständigkeit unseres Landes geglaubt haben.

Eine solche Analyse ist kein Akt der kollektiven Selbstgeißelung. Es geht



Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky

darum, aus Vorgefallenem Lehren zu ziehen, um heute Fehler zu vermeiden, die damals gemacht wurden. Wir sind diese Geschichtsaufarbeitung vorrangig natürlich uns selbst schuldig. Wir sind sie in gewissem Maße aber auch dem Ausland schuldig. Gerade von dort ist in den vergangenen Monaten, ob gerechtfertigt oder ungerechtfertigt, ein scharfer Maßstab angelegt worden. Wir sollten es nicht abtun als eine freche Einmischung von außen, als das Verlangen jemandes, der selbst genug Dreck am Stecken hat. Zu einer Haltung der Weltoffenheit gehört, daß man sich ein Bild über die Welt macht, aber es gehört genauso dazu, daß man sich Sorge macht über das Bild, das man in der Welt hat.

Das kommende Jahr muß auch der Anlaß sein, nicht nur unsere Rolle zu überprüfen, die wir vor dem März 1938 gespielt haben, sondern auch unsere Rolle in den Jahren nach dem Krieg. Ereignisse in den vergangenen Monaten berechtigen zu einer solchen Forderung. Die wirtschaftlich schwieriger gewordenen Zeiten haben hie und da wieder Ausbrüche eines Fremdenhasses mit sich gebracht, den wir schon lange vergessen glaubten.

**Als Sozialisten müssen wir ganz entschieden jedem Ausbruch von Fremdenhaß, jeder antisemitischen Äußerung oder Tat entgegenreten.** Wir sind das diesem Staat, wir sind das uns selbst schuldig. Wir müssen verstärkt versuchen aufzuklären, wir müssen Zusammenhänge ausleuchten, Ursachen aufdecken und zeigen, daß es für alle Österreicherinnen und Österreicher in der Zukunft Frieden und Wohlstand geben wird.

**Ich bekenne mich deshalb von diesem Platz aus zu einem aktiven Antifaschismus, der nicht nur die Symptome des Faschismus bekämpfen will, sondern vor allem seine Ursachen gar nicht aufkommen lassen will. Ich bekenne mich gegen jede Form des Fremdenhasses und Antisemitismus, und ich bekenne mich zu einem Österreich in seiner ganzen ethnischen, religiösen, sprachlichen Vielfalt.**

## Fortsetzung von Seite 1

berichteten ausführlich über die Waldheim-Diskussion, wobei die Bedeutung der Sozialistischen Freiheitskämpfer besonders betont wurde. Ausländische Gastdelegierte drückten ihre Solidarität mit der Forderung nach Waldheims Rücktritt klar aus und waren über die Ablehnung unserer Resolution enttäuscht.

Die Sozialistischen Freiheitskämpfer betrachten diese Ablehnung als tief bedauerlich, sehen aber darin keine Niederlage. Die 101 Delegierten, die für unsere Resolution stimmten, vertreten die Meinung vieler Genossinnen und Genossen in den Organisationen der SPÖ. Der Kampf um den Rücktritt Kurt Waldheims geht auch nach dem Bundesparteitag weiter. Österreichs Antifaschisten werden sich an diesen Bundespräsidenten nie gewöhnen!

## Bundesbildungskonferenz gegen Waldheim

Bei der Bundesbildungskonferenz der SPÖ, die vor dem Bundesparteitag

stattfand, wurde gegen nur drei Stimmen eine Resolution der sozialistischen Jugendorganisationen beschlossen, in der Bundespräsident Waldheim aufgefordert wird, im Interesse Österreichs zurückzutreten.

Die Annahme dieser Resolution unterstreicht, daß die Bildungsfunktionäre aller Bundesländer in der Frage Waldheim mit den Sozialistischen Freiheitskämpfern übereinstimmen. Sie knüpfen damit an die besten Traditionen sozialistischer Bildungspolitik der österreichischen Arbeiterbewegung an. Waren es doch auch in der Vergangenheit oft die Bildungsfunktionäre, die nicht bereit waren, sozialistische Grundsätze zu opfern.

Zu den wichtigsten Aufgaben sozialistischer Bildungsarbeit wird es im Gedenkjahr 1988 gehören, an die Verbrechen der NS-Zeit zu erinnern und die vor allem von der Jugend gestellte Frage zu beantworten: Wie konnte das geschehen? Eine der Antworten wird lauten: Es gab damals viele „Waldheims“, die ihre „Pflicht erfüllten“ und

nachher so getan haben, als hätten sie nichts gesehen und nichts gehört.

## Waldheim beschimpft die Arbeitslosen

Waldheim hat, worüber die Medien ausführlich berichteten, eine ungeheuerliche Rede gegen die „Sozial-schmarotzer“ gehalten. Der Bundespräsident beschimpfte jene Arbeiter und Angestellten, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, und behauptete, sie wollten nicht arbeiten.

Waldheims Rede hat zu vielen Protesten geführt. Ein scharfer Protest kam auch von der Katholischen Sozialakademie. Die Proteste beweisen, wie berechtigt die Forderung der Sozialistischen Freiheitskämpfer ist, Waldheim möge im Interesse Österreichs zurücktreten.

Bei Redaktionsschluß des „Kämpfers“ war der Bericht der Historikerkommission, die Waldheims Rolle in der Nazizeit untersuchen soll, noch nicht bekannt. Wir werden dazu in unserer Zeitung Stellung nehmen, sobald dieser Bericht vorliegt.





# Von der Vergangenheit eingeholt

**Seine Vergangenheit holt ihn immer wieder ein, den Mann mit der Gedächtnislücke, der seit dem 8. Juni 1986 vom Volk gewählter Bundespräsident der Republik Österreich ist. Von den USA auf die „watch list“ gesetzt, amtiert er scheinbar unerschütterlich in den Räumen der Wiener Hofburg, erfüllt er wieder einmal seine Pflicht. Aber die Weltöffentlichkeit beschäftigt sich intensiv mit seiner Person, vor allem mit seiner Vergangenheit und seinem Umgang mit ihr. Eine Historikerkommission will es genauer wissen, als es dem ÖVP-Obmann und seinem Mann in der Hofburg lieb ist. Journalisten legen die Ergebnisse sorgfältiger Recherchen in Buchform vor. Aus einem dieser kürzlich erschienenen Bücher (Bernard Cohen und Luc Rosenzweig: Der Waldheim-Komplex, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1987) veröffentlichen wir den folgenden bezeichnenden Auszug:**

Am 22. Juli 1942 erhielt Leutnant Kurt Waldheim die König-Zvonimir-Medaille in Silber mit Eichenlaub, eine Auszeichnung des von den Nazis abhängigen kroatischen Marionettenregimes. Sie wurde ihm für „heldenhafte Tapferkeit im Kampf gegen die Aufständischen im Frühjahr und Sommer 1942“ verliehen. In seinem am 12. April veröffentlichten Plädoyer erklärte Waldheim, diesen Orden habe jeder bekommen, und er sei ihm für seine Tätigkeit vor den Ereignissen von Kozara verliehen worden, obwohl das offizielle Dokument das Gegenteil behauptet.

Es ist nicht sehr einsichtig, aus welchem Grund ein deutscher Offizier, der in Pijevlja stationiert war, von den kroatischen Behörden, deren Aktionsbereich viel weiter westlich lag, ausgezeichnet werden sollte. Auf der zwölf Personen umfassenden Verleihungsliste, in der Generalmajor Stahl offiziell festhält, daß die Medaillen ausgehängt wurden, wird Waldheim an dritter Stelle aufgeführt. Nach dem renommierten Historiker Bogdan Kryszman, dem besten Kenner des faschistischen Staates Kroatien, wurde der König-Zvonimir-Orden nicht leichtfertig vergeben. Die einfache Tatsache, daß Waldheim diesen Orden bekommen und angenommen hat, bedeutet für Kryszman, daß dieser unwürdig gewesen sei, an der Spitze der Vereinten Nationen zu stehen. Diese Medaille wurde ja außerdem „mit Eichenlaub“ verliehen, das heißt für besondere „Tapferkeit vor dem Feind“.

Bis zu diesem Zeitpunkt kann man Kurt Waldheim zugestehen, nicht mehr als ein einfacher Befehlsempfänger, ein „Mann ohne Eigenschaften“ innerhalb der furchtbaren deutschen Kriegsmaschinerie gewesen zu sein. Allerdings dürfte er sehr eifrig gewesen sein, denn er wurde kurz nach Antritt eines viereinhalbmonatigen Studienurlaubs am 19. November 1942 zum Oberleutnant der Reserve befördert. Sein Vorgesetzter während der „Aktion Schwarz“ im Jahre 1943, Oberstleut-

nant Bruno Willers, sagt von ihm, er sei „ein Offizier, der seine Pflicht erfüllte, ein diskreter, zurückhaltender Mann“ gewesen. Ein anderer seiner Vorgesetzten, Herbert Warnstorff, lobte ihn als einen Offizier, „der tat, was man von ihm erwartete, das heißt eine sehr zufriedenstellende Arbeit“.

Als Kurt Waldheim die Balkanfront verließ, stand der Krieg in diesem Gebiet vor einer entscheidenden Wende. Nach mehreren ernsthaften Rückschlägen beschlossen die 38 in Jugoslawien aktiven „proletarischen Brigaden“ im November 1942, alle Partisanengruppen in der „Nationalen Befreiungsarmee und den Partisanenkommandos Jugoslawiens“ zusammenzuschließen. Neun Divisionen von je drei- bis viertausend Mann und zwei Armeekorps von ungefähr zehntausend Mann wurden aufgestellt. Trotz der nun traditionellen Struktur der bewaffneten Widerstandskräfte hielt Tito an der Guerilla-Taktik fest: „Wir dürfen die Einkreisung heute nicht mehr fürchten als zu der Zeit, da wir über weniger Einheiten verfügten. Jeder Gebietsverlust muß die Eroberung eines anderen, größeren und wichtigeren Gebiets nach sich ziehen.“ Um die Bedeutung dieses Konflikts zu ermessen, sei daran erinnert, was die BBC am 21. Februar 1943 von London aus erklärte: „Die jugoslawischen Partisanen konstituieren gegenwärtig die einzige im Kampf befindliche organisierte militärische Kraft in Europa...“

Angesichts der Neuorganisation des Gegners änderte auch die Wehrmacht ihre Organisation. Am 1. Jänner 1943 wurde die 12. Armee, der Waldheim angehörte, in die Heeresgruppe E umgewandelt, deren Generalstab in Arsakli, in der Nähe von Saloniki, im Norden Griechenlands, stationiert war. Hitler stellte einen ausdrücklichen Zusammenhang zwischen der Niederschlagung des kommunistischen Widerstands in Griechenland und Jugoslawien und der Offensive gegen die Sowjetunion her: „Wenn dieser Kampf gegen die Banden sowohl im Osten wie

auf dem Balkan nicht mit den allerbrutalsten Mitteln geführt wird, so reichen in absehbarer Zeit die verfügbaren Kräfte nicht mehr aus, um dieser Pest Herr zu werden. (...) Dieser Kampf hat nichts mit den Grundsätzen der Ritterlichkeit oder den Verpflichtungen nach der Genfer Konvention zu tun.“

Die härtere Vorgangsweise der Deutschen hatte zur Folge, daß sich das Kräfteverhältnis zwischen den deutschen und den italienischen Besatzungstruppen veränderte. Bis dahin stellte sich die Lage folgendermaßen dar: „Die Besatzer hatten die von den bürgerlichen Führern der Zwischenkriegszeit angefachten Streitigkeiten zwischen den Völkern Jugoslawiens ausgenutzt, um den Bruderkrieg zwischen ihnen weiter zu schüren. So begingen die Ustaschi, mit Billigung der deutschen Behörden, die ersten Massaker an Serben, während der katholische Klerus die serbische Minderheit Kroatiens zwang, zum Katholizismus überzutreten. Deutschland, das die reichsten Gebiete und die strategischen Verkehrsverbindungen kontrollierte, behielt sich die führende Position vor. Italien hatte bedeutend weniger erhalten. Die zwei Verbündeten versuchten, die Bevölkerung in den besetzten Gebieten in erster Linie für Arbeiten in der Industrie sowie im Dienst der Armee einzusetzen und die natürlichen Reichtümer Jugoslawiens ihren Kriegserfordernissen gemäß auszubeuten.“

Da die italienische Armee mit den serbisch-nationalen Freischärlern, den

Fortsetzung auf Seite 4



Am 22. Mai 1943 auf dem Flugfeld von Podgorica (Titograd). Waldheim ist der zweite von links.





## „Es bleibt noch viel zu tun“

Diskussionen am Rande eines von der Jungen Generation in der SPÖ am 9. November 1987 in Graz organisierten Fackelzuges zum Gedenken an die sogenannte „Reichskristallnacht“ machten einmal mehr deutlich, wie notwendig es ist, den „Anfängen zu wehren“. Wir entnehmen der „Neuen Zeit“ vom 11. November 1987 folgenden Bericht:

„Die Streitgespräche entzündeten sich an der vor dem Fackelzug gezeigten Dia-Show, die mit eindringlichen Bildern die Abscheulichkeiten der Reichskristallnacht dokumentierte. „Alle reden immer von den Juden, keiner von den Tausenden Österreichern, die im Krieg gefallen sind. Und überhaupt: Es muß auch einmal Schluß sein“, provoziert ein älterer Mann, der es eigentlich besser wissen mußte. Junge Sozialisten argumentieren besonnen, aber mit Wut im Bauch, daß das doch um Himmels willen nicht vergleichbar ist. Ohne Erfolg. Einige Lehrlinge schalten sich ein. Sie verstünden, daß man für Hitler eingetreten war. Die Arbeitslosigkeit und so ... Sie würden heute das gleiche tun. Mitglieder der

Jungen Generation und der Katholischen Jugend versuchen verzweifelt, die Altersgenossen von der Unsinnigkeit ihrer Ansicht zu überzeugen. Sie geben engagiert Nachhilfe in Geschichte, über den Naziterror, die Greuel der Judenpogrome und die unbegreifliche Menschenverachtung des NS-Regimes.

Der alte, unbedachte Mann wußte zu all dem nur das eine, daß Hitler eben auch einen ‚Blödsinn‘ gemacht hat, so als ob jemand am Abend im Wirtshaus seinem Kumpel eine Ohrfeige verabreicht hat und es ihm am nächsten Tag leid tut.

Nach all diesen zum Teil erschütternden Diskussionen war wohl allen klar: Es bleibt noch viel zu tun.“

### Hunderte Menschen beim Fackelzug

Hunderte Menschen schlossen sich zum Fackelzug zusammen und zogen vom Grazer Hauptplatz zum ehemaligen Platz der Synagoge, die 1938 von Nazischergen niedergebrannt worden war. An der Demonstration beteiligten sich auch führende Politiker, unter ihnen Bürgermeister Alfred Stingl.

### Fortsetzung von Seite 3

„Tschetniks“, zusammenarbeitete und diesen auch Waffen zur Verfügung stellte, kam es zu Konflikten mit dem deutschen Generalstab, der die Tschetnik-Verbände ausschalten wollte. So wurden auch die Übersetzentalente Waldheims, als dieser am 31. März als Generalstabsoffizier zur Heeresgruppe E zurückkehrte, für diese heiklen Unterhandlungen beansprucht.

Fehlende historische Belege erlauben es nicht, die Aktivitäten Waldheims während seiner ersten zwei Monate im Stab des Generals Alexander Löhr zu bestimmen. Diese „Lücke“ gibt zu denken, da sie mit dem Beginn der Deportationen der Juden aus Saloniki zusammenfällt. Es ist jedenfalls sicher, daß General Löhr, der selber Österreicher war, seinen Untergebenen gut kannte und nicht zögerte, ihm wichtige Missionen anzuvertrauen. Am 22. Mai 1943 war Waldheim, wie ein Foto beweist, auf dem Flugfeld von Podgorica (heute Titograd) in Montenegro. Der Verbindungsstab der Wehrmacht, der vorher in Tirana stationiert gewesen war, wurde vor allem deshalb hierher verlegt, um die italienischen Truppen für eine Mitwirkung an der gegen die Partisanen eingeleiteten „Aktion Schwarz“ zu gewinnen.

Waldheim behauptet, nie in diese Aktion, in der ab 15. Mai 72.000 deutsche Soldaten eingesetzt waren, verwickelt gewesen zu sein. Doch diente

das Treffen am 22. Mai in Podgorica einzig dem oben genannten Ziel. Oberst Joachim Macholz und Leutnant Waldheim verhandelten mit dem italienischen General Escola Roncaglia, um ihn zu überreden, vorbehaltlos bei der Aktion mitzumachen. Besonders schwer wiegt in diesem Zusammenhang, daß an diesem Treffen auch der Kommandant der SS-Division „Prinz Eugen“, der General der Waffen-SS Arthur Phleps, teilnahm. Seine rücksichtslose Vorgangsweise bei der Vernichtung des kleinen jugoslawischen Dorfes Kosutica hatte selbst den SS-Oberführer Werner Fromm schockiert. Kurt Waldheim hat sich nur an „Meinungsverschiedenheiten“ zwischen Roncaglia und Macholz erinnert. Es ging aber ganz konkret darum, die Italiener dazu zu bringen, sich an den Unterdrückungsmaßnahmen, „auch gegen Frauen und Kinder“ (wie ein Tagesbefehl der Wehrmacht vom 16. Dezember 1942 präzisierte), an der Seite der Truppen des Generals Phleps, eines ehemaligen Offiziers der kaiserlich-königlichen Armee, zu beteiligen.

Während im Laufe eines Monats mehr als 16.000 Menschen getötet wurden — mehrheitlich bei blinden Vergeltungsmaßnahmen —, bekleidete Waldheim die Funktion eines Ordonnanzoffiziers, das heißt eines mit „Sonderaufgaben“ betrauten Generalstabs-offiziers. Vierzig Jahre später „ist (ihm) nichts in Erinnerung“. Eine seiner Auf-

## Ein gläsernes Buch zum Gedenken an 1938

Zur Erinnerung an selbsterlebte schwere Zeiten und zur

### Mahnung an die Nachwelt

bietet der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer eine

### gläserne Gedenkvase in Form eines Buches

mit einer kurzgefaßten Dokumentation an.

Dieses Gedenkstück findet in jedem Bücherregal, auf jedem Schreibtisch und in jeder Vitrine Platz.

Preis: S 165,— plus Verpackungs- und Versandspesen.

Schriftliche Bestellungen, möglichst gleich, an den Bund sozialistischer Freiheitskämpfer, 1014 Wien, Löwelstraße 18.

gaben bestand möglicherweise darin, der von den Partisanen eingeleiteten Demoralisierungskampagne bei den Offizieren der 14. italienischen Armee entgegenzuwirken. Diese Kampagne erwies sich als zunehmend erfolgreich. In einem Flugblatt vom 11. Juli 1943 etwa heißt es: „Italienische Brüder, schließt euch unserer Befreiungsarmee an, kämpft in unseren Reihen! Der entscheidende Moment ist gekommen, wo alle aufrichtigen, patriotischen und antifaschistischen Menschen, ungeachtet ihrer Staatszugehörigkeit, sich zum Kampf um die Freiheit zusammenschließen müssen!“

Die militärische Laufbahn Kurt Waldheims verläuft also parallel zur Entwicklung der Feindseligkeiten: Zuerst mit gewöhnlichen Übersetzaufgaben betraut, ist er bald direkt in wichtige Missionen verwickelt und zeichnet sich schließlich in der „psychologischen“ Arbeit gegenüber italienischen Truppen aus. Zwar ist er weder ein großer Redner noch eine unangefochtene Autorität, doch legt er jenes pedantische Pflichtgefühl an den Tag, jenen unwiderstehlichen Hang zur Mittelmäßigkeit, den Robert Musil seinerzeit bei den österreichischen Beamten feststellte, jene Kälte des Technokraten, mit der er die italienischen Truppen beeindruckte, die mit Desorganisation und Zweifeln zu kämpfen hatten. Anfang Juli kehrte Waldheim nach Arzakli zurück.





Im Laufe des November 1936 zeigte es sich immer wieder — nicht allein in der ununterbrochenen Befriedungspolitik gegenüber den Nazi —, daß Schuschnigg, genau so wie Seipel und Fey, die Linke als den Hauptfeind betrachtete. Am 3. November 1936 fand eine entscheidende Kabinettsumbildung statt. Am bedeutendsten waren folgende Veränderungen: Baar von Baarenfels und Draxler wurden endgültig fallengelassen, Neustädter-Stürmer wurde Sicherheitsminister. Glaise-Horstenau erhielt einige Sektionen des Innenministeriums, und Hülgerth wurde Vizekanzler. Die beiden Gestürzten zählten zu den Anhängern Starhemburgs; das Vorgehen des neuen Sicherheitsministers sollte in der Folgezeit den Nationalsozialisten sehr oft zu gute kommen — Glaise-Horstenau aber war selbst ein Nazi. Die Ernennung Hülgerths war anscheinend ein Beschwichtigungsmittel im Sinne der „Heimwehrtraditionen“, von denen Schuschnigg am 17. Oktober so anerkennend gesprochen hatte. Am 26. November hielt der Kanzler in Klagenfurt eine Rede. Er nannte die Hauptgegner der vaterländischen Erneuerung des Staates in nachstehender Reihenfolge: Kommunismus, Nationalsozialismus und den Defaitismus in den Reihen der Vaterländischen Front. Die Bedeutung dieser Aufzählung wurde von ihm jedoch wieder abgeschwächt, da er anschließend feststellte, daß der Kommunismus keine „akute“ Gefahr sei.

In der Zwischenzeit jedoch waren Neustädter-Stürmer und Glaise-Horstenau eifrigst um den Bau ihres trojanischen Pferdes bemüht. Zernatto berichtet, daß Neustädter-Stürmer schon in den ersten Wochen seiner Minister-tätigkeit „ein außerordentliches Interesse für alle Fragen der inneren Politik“ an den Tag gelegt habe. **Der Generalsekretär der Vaterländischen Front hatte mit dem neuen Sicherheitsminister mehrere Aussprachen über die verschiedenen Pläne, „die das Ziel verfolgten, zu einem dauernden Frieden mit den Nationalsozialisten zu kommen“.** Zernatto war ebenfalls an der Befriedung sehr interessiert, doch waren die beiden nicht über die Methoden einig. Neustädter-Stürmer wollte die nationalen Kräfte in einem Verband vereinigen, der dann die Repräsentanten für die Mitarbeit in der Vaterländischen Front und an den vielen anderen Stellen des Regimes hätte nominieren sollen. Zernatto aber vertrat die Ansicht, daß eine direkte Personalauswahl — eine gewisse Anzahl von Persönlichkeiten, die auch Anhang besaßen — die nationalen Interessen im allgemeinen vertreten sollte, doch nicht eine formelle Organisation. Allein der Sicherheitsminister ging seinem Plan nach und veranstaltete eine Unter-

# Der Weg zum ⚡ März 1938 ⚡ Vom Austrofascismus zur Nazibarbarei

## Schuschniggs Nazikurs.

Aktivierung des Nazireferates in der V. F.

In den Krisen, die Wünsche als Tatsachen werten, gilt Schuschnigg noch immer als ein Kämpfer gegen die Nazi. Gerade die Ereignisse der letzten Tage zeigen, dass er von einem wirklichen Kampf gegen das Nazitum nichts wissen will. Gegen die Nazi kennt er höchstens einige Oesten, die er dann durch Verbeugungen wieder rasch zu korrigieren sucht. Hat er ein paar Sportveranstaltungen verbo-

ten, so gleicht er das so aus, dass er einige österreichische Industrielle, und zwar die Proponenten für einen geradlinigen Nazikurs, nach Deutschland zu Hitler u. Göring schickt, zur Anbahnung besserer Verhältnisse. Wenn das etwa noch zu wenig Beweis für den Willen Schuschniggs gilt, Hitlers Zorn zu besänftigen, den beruhigt er wieder durch die Aktivierung des Nazireferates in der VF. Die Nazi hatten dafür den als unzweideutigen Nazi bekannten Dr. Seyss-Inquart gewünscht. Gegen ihn hatte Schmitz Einspruch erhoben. So hat Schuschnigg den Innsbrucker Großdeutschen, Dr. Pembaur, in das Nazireferat berufen und als Zugeständnis für die Nazi den Dr. Seyss-Inquart in den Staatsrat. Das ist zwar ein bescheidener Anfang für die Nazisierung Österreichs, aber ein Anfang.

Aus der illegalen „Arbeiter-Zeitung“

schriftensammlung, die der Genehmigung zur Bildung eines Vereines — des Deutschsozialen Volksbundes — dienen sollte. Wie Zernatto hervorhebt, konnte „deutsch“ ruhig als „national“ und „sozial“ als „sozialistisch“ verstanden werden. Man beschränkte sich darauf, Namen anzuführen, die bekannt waren und deren Besitzer irgendeine öffentliche Funktion ausübten. „Mehrere hundert Persönlichkeiten“ unterschrieben.

Die Fehltrechnungen der Nationalsozialisten — von denen Zernatto berichtet — gaben Schuschnigg die Handhabe, den Deutschsozialen Volksbund zu verbieten. Auf der anderen Seite jedoch billigte der Kanzler die Bildung eines sogenannten „Siebenerausschusses“ für das Bundesgebiet. Für jedes Bundesland wurde ein weiteres Subkomitee ernannt. Das Wiener Siebenerkomitee setzte sich aus Menghin, Jury, Berghammer, in der Maur, Wolsegger, Lengauer und Tavs zusammen. Menghin war der Vertreter der katholischen Nationalen, Berghammer und Lengauer waren Anhänger des früheren Heimatschutzes nationaler Observanz, die restlichen vier waren Natio-

nalsozialisten. Der Siebenerausschuß richtete sich in der Teinfaltstraße ein Büro ein. Tavs, der von Zernatto als die „rechte Hand des Hauptmannes Leopold“ bezeichnet wird, war formell der Geschäftsführer. In Wirklichkeit aber amtierte Leopold hier in diesem Büro, welches alsbald das „Braune Haus“ genannt wurde. Wie Gedye sagt, „war es ein offenes Geheimnis“, daß Hauptmann Leopold „von Hitler zum Landesleiter der illegalen Nazipartei bestellt war“. Nach außen hin war der Zweck dieses Ausschusses, eine Befriedung der nationalen Kräfte herbeizuführen und ihre Mitarbeit innerhalb der Vaterländischen Front einzuleiten. **In Wirklichkeit aber taten diese Komitees alles, um Österreich in einen nationalsozialistischen Staat zu verwandeln.**

(Aus: „Österreich von Habsburg zu Hitler“ von Charles A. Gulick. Band V.)

## Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Robert Blau, Herbert Exenberger, Josef Hindels, Leo Lesjak, Ernst Pollak (Foto), Hans Waschek.



## Gäste aus Berlin im SPÖ-Haus

Eine Delegation der Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten im Landesverband Berlin der SPD und der in Berlin ansässigen Akademie für die Wissenschaft des Judentums e. V. wurde am 18. November 1987 von Genossin Rosa Jochmann und den Genossen Otto Skritek, Robert Blau und Kurt Schmidt im SPÖ-Haus in Wien zu einem Meinungs- und Erfahrungsaustausch empfangen. Genossin Jochmann überreichte dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Robert W. Zeiler Erinnerungsgeschenke. Für die Akademie nahm Frank Lucas an der Zusammenkunft teil.



## Gedenktafel in Linz



„Dem Andenken an jene Opfer, die im ehemaligen Polizeigefängnis im Kampf gegen den Faschismus und für ein freies Österreich der Verfolgung ausgesetzt waren und hier inhaftiert wurden. Die Stadt Linz.“ Eine Marmortafel mit dieser Inschrift wurde an der Außenfassade des Mozart-City-Centers in Linz angebracht. Bürgermeister Professor Hugo Schanovsky unterstrich anlässlich einer Gedenkfeier am 29. September 1987 im Beisein des Linzer Polizeidirektors Hofrat Dr. Rudolf Mitterlehner und Vertretern der Opferverbände den demokratischen Geist innerhalb der Landeshauptstadt und das stete Bemühen, fanatische politische Anschauungen wie zur damaligen Zeit in ihren Anfängen zu unterbinden. Die Gedenktafel soll nicht zuletzt auch ein Bekenntnis zu Toleranz und Freiheit darstellen. Das Mozart-City-Center befindet sich auf dem Standort jenes ehemaligen Hotels, das von 1936 bis 1981 als Sitz der Polizeidirektion Linz diente.

## Gedenktafel für Alfred Ochshorn



Ende Oktober wurde am Karmelitermarkt in Wien-Leopoldstadt eine Gedenktafel für den 1943 im KZ Mauthausen erschossenen Widerstandskämpfer jüdischer Abstammung Alfred Ochshorn enthüllt. Das Gedenken an das Opfer erinnere aber auch an den Täter, den SS-Mann Martin Bartsch, und ebenso daran, wie wir nach 1945 mit unserer Geschichte umgegangen sind, erklärte SPÖ-Klubobmann Dr. Heinz Fischer bei der Enthüllung der Gedenktafel, deren Anbringung durch das Kulturstadamt und das Marktamt der Stadt Wien ermöglicht wurde.

## Treffen mit ungarischen Kameraden

In der Zeit vom 21. bis 25. September 1987 hat eine Delegation der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs unseren Freunden im ungarischen Verband der Widerstandskämpfer und Antifaschisten einen der periodisch wiederkehrenden Besuche (beziehungsweise Gegenbesuche) abgestattet. Die Verbände (Bundesverband österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus, KZ-Verband, Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten) waren durch ihre Obmänner beziehungsweise jeweils zwei Funktionäre und deren Gattinnen vertreten. Es fand eine ausführliche Information durch unsere Freunde über ihre nationalen Probleme statt, welche, wie sich zeigt, nicht geringer sind als unsere. Diese Information wurde noch vertieft durch ein Gespräch mit dem Sekretär der Ungarischen Vaterländischen Front.

Aus Anlaß dieses Besuches konnten wir auch das Leben in der Pußta kennenlernen.

Ein Empfang beim österreichischen Botschafter gemeinsam mit den ungarischen Funktionären beschloß die schönen und interessanten Tage.

Wir sagten: Auf Wiedersehen bei unserer großen nächstjährigen Veranstaltung aus Anlaß des Gedenkens an „Finis Austriae“.

Die Ära Kreisky dokumentiert in Wort und Bild, vor allem im Bild, das von der Historikerin Irene Etzersdorfer herausgegebene Buch „Kreiskys große Liebe — Inszenierungen eines Staatsmannes“ (Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 1987, 208 Seiten, 168 Schwarzweißfotos, 298 Schilling). Kreiskys große Liebe war und ist Österreich. Dieses Buch illustriert diese Beziehung und ist damit eine gelungene Ergänzung zu den Erinnerungen dieses großen alten Mannes der österreichischen Sozialdemokratie.

## Neue politische Bücher

Bis vor wenigen Jahren war Dr. Franz Vranitzky der breiten Öffentlichkeit so gut wie unbekannt, heute kann er sich als Bundeskanzler einer Popularität erfreuen wie Bruno Kreisky in seinen besten Zeiten. Kein Wunder, daß Autoren sich dieses politischen Phänomens annehmen. Unter dem Titel „Vranitzky — Eine Chance“ hat der stellvertretende Chefredakteur des „Kuriere“, Hans Rauscher, eine Biographie des Bundeskanzlers verfaßt (Ueberreuter-Verlag, Wien 1987, 248 Seiten mit 24 Bildseiten, 298 Schilling). Vranitzky, der im vergangenen Oktober 50 Jahre alt wurde, ist damit ein Geburtstagsgeschenk gemacht worden.

\*

Zu dem Standardwerk des Österreichischen Bundesverlages „Die österreichischen Bundeskanzler“ ist ein schmales Ergänzungsheft erschienen. Es enthält auf 32 Seiten eine Darstellung der „Ära Sinowatz“ von Friedrich Weissensteiner, einem der Herausgeber des Standardwerkes, sowie eine biographische Skizze von Bundeskanzler Vranitzky, verfaßt von Hans Waschek (Österreichischer Bundesverlag, Wien 1987, 32 Seiten, 48 Schilling).

\*

Unter dem Titel „Zeitzeugen“ ist ein voluminöses Buch zur seinerzeitigen gleichnamigen ORF-Serie erschienen. Es enthält Beiträge von 27 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die auch in Lebensbeschreibungen und Fotos vorgestellt werden. Persönlichkeiten wie Bruno Kreisky, Christian Broda, Fritz Bock, Leopold Ungar, Hans Weigel, Karl Fellingner, Wilma Lipp, Marie Jahoda und Simon Wiesenthal kommen zu Wort. Ein interessanter Beitrag zur Geschichte der Zweiten Republik (Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 1987, 416 Seiten, 358 Abbildungen, 390 Schilling).





# Alfred Billmaier zum Gedenken

Am 23. Oktober 1987, wenige Wochen vor seinem 82. Geburtstag, ist Alfred Billmaier nach schwerer Krankheit verstorben. An seiner Bahre steht nicht nur seine Witwe und treue Gefährtin seines Lebens, die im Leben unseres verstorbenen Freundes viele schwere Zeiten, aber auch viele glückliche Jahre erleben durfte, stehen nicht nur seine Tochter und der Schwiegersohn, sondern es stehen viele Frauen und Männer, Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen, die mit Alfred Billmaier eine lange Zeit seines politischen Wirkens, einen langen Weg seines gewerkschaftlichen und politischen Wirkens zurückgelegt haben.

Alfred Billmaier hätte am 24. November sein 82. Lebensjahr vollendet und wir alle, die wir unseren Billi so gut gekannt haben und nun um ihn trauern, müssen von ihm Abschied nehmen.

Alfred Billmaier ist in Wien geboren und kommt aus einer Familie, in der Politik, in der Bekenntnis und Liebe zur sozialdemokratischen Partei täglich praktiziert wurde.

Der Vater war Landtagsabgeordneter, und der junge Fredl Billmaier, nachdem er die Volksschule und die Bürgerschule absolviert hat, lernte den Beruf des Tischlers.

Aber Fredl Billmaier gehört einer Generation an, wie er sehr oft erzählt hat, die nach dem Ersten Weltkrieg hinausgezogen ist in die Wälder rund um Wien und die voll Begeisterung das Lied der sozialistischen Jugend gesungen hat: „Nie, nie wollen wir Waffen tragen, nie, nie wollen wir wieder Krieg“, und der als junger Mann, so erzählte er uns, voll der Hoffnung war, daß nach dem Grauen des Ersten Weltkrieges der Leidensweg der österreichischen Arbeiterbewegung beendet sei und es nun aufwärts gehe in der von ihm so geliebten Wiener Vaterstadt und in unserem Lande. Billmaier hat eine harte Jugend hinter sich, und erst 1928, als 23jähriger, hatte er das Glück, in die Wiener Gemeindegewache, die damals neu formiert wurde, aufgenommen zu werden.

Alfred Billmaier war als Gemeindegewachsmann und als Mitglied des Republikanischen Schutzbundes an den Kämpfen des 12. Februar 1934 und der Folgetage in Wien beteiligt, und er hat uns manchmal erzählt, wie bitter er die Entwicklung der damaligen Politik vor dem Februar 1934 und die Niederlage der Demokratie, der Republik und die Niederlage und Zerschlagung der österreichischen Arbeiterbewegungen

empfunden und miterlebt hat. Er hat sein Bekenntnis für ein republikanisches, demokratisches Österreich damit bezahlen müssen, daß er zwischen 1934 und 1938 eine Reihe von Freiheitsstrafen hinnehmen hat müssen. Er war im Konzentrationslager des Ständestaates in Wöllersdorf inhaftiert.

Fredl Billmaier ist 1945 wieder in den Dienst der Stadt Wien eingetreten, er kam in eine technische Abteilung, in die Magistratsabteilung 20 und er hat dort mit einer Handvoll von Genossinnen und Genossen begonnen, die gewerkschaftliche Organisation im Wiener Rathaus wieder aufzubauen.

Kollege Billmaier ist im Jahre 1971 am 1. Juli in den dauernden Ruhestand getreten. Aber er war ein Mann, der nicht rasten konnte und der gar nicht die Absicht hatte, seine Hände untätig in den Schoß zu legen, um nur mehr Pensionist zu sein.

Er hat sofort in unserer Hauptgruppe VII — in der Sektion der Pensionisten — begonnen mitzuarbeiten und er hat auch die Funktionen des Bundeskassiers der Freiheitskämpfer mit aller Hingabe ausgeübt. Er war auch viele Jahre Sektionsleiter der SPÖ Landstraße. So ist er auch nach seiner Pensionierung Funktionär in unserer Gewerkschaft verblieben und war Mitglied des Wiener Vorstandes und Zentralvorstandes.

So nehmen wir nun Abschied von Alfred Billmaier, von unserem Billi, unser ganzes Mitgefühl wendet sich Ihnen, Frau Billmaier zu, Sie haben viele Stunden Ihres Lebens Ihren Mann entbehren müssen, sei es in der Zeit der politischen Spannungen vor 1934, sei es in der Zeit, in der Alfred Billmaier in der Illegalität tätig war oder inhaftiert war oder in der Zeit, in der er Soldat werden mußte. Auch in der Zeit des Wiederaufbaues nach dem Krieg.

(Aus der Traueransprache des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Abg. Gen. Rudolf Pöder, bei der Verabschiedung von Gen. Billmaier am 30. Oktober 1987 im Wiener Krematorium.)

## 1987: Neue Lohnsteuerkarten Freibetrag eintragen lassen!

Der Steuerfreibetrag für Inhaber von Amtsbescheinigungen oder Opferausweis (§ 106 Einkommenssteuergesetz) ist beim zuständigen Finanzamt zur Eintragung auf die neue Lohnsteuerkarte zu beantragen. Keine amtswegige Übertragung auf die neue Lohnsteuerkarte! Die neuen Lohnsteuerkarten gelten fünf Jahre — das ist bis 1992.

## Aus der Opferfürsorge

Mit 1. Jänner 1988 werden nur die Unterhaltsrenten nach dem Opferfürsorgegesetz um 2,8 Prozent erhöht und betragen:

|                                                                                | 1988<br>S | bisher<br>S |
|--------------------------------------------------------------------------------|-----------|-------------|
| Für das anspruchsberechtigte Opfer                                             | 7534.—    | 7329.—      |
| Für die anspruchsberechtigten Hinterbliebenen                                  | 6621.—    | 6441.—      |
| Für anspruchsberechtigte Opfer, die verh. sind od. i. Lebensgemeinschaft leben | 9485.—    | 9227.—      |

Wie bei den Sozialversicherungspensionen werden auch die Leistungen nach dem Opferfürsorgegesetz (ausgenommen die Unterhaltsrenten), wie Opferrenten, Alterszulagen, Erschwerungszulagen, Pflege- und Blindenzulagen, Hinterbliebenengrundrenten, Diätzuschüsse und Hilflosenzulagen erst mit 1. Juli 1988 um 2,3 Prozent erhöht.

Wir werden rechtzeitig im „Kämpfer“ die neuen Sätze bekanntgeben.

Die Einkommensgrenzen bleiben mit 1. 1. 1988 unverändert und betragen:

| Für Aushilfen            | 1988<br>S | 1987<br>S |
|--------------------------|-----------|-----------|
| Einzelpersonen           | 9.227.—   | 9.227.—   |
| Ehepaare                 | 13.840.—  | 13.840.—  |
| Erhöhungsbetrag pro Kind | 3.075.—   | 3.075.—   |

### Einkommensgrenzen für übersatzungsmäßige Leistungen gemäß § 12 Abs. 4 OFG

|                               |             |             |
|-------------------------------|-------------|-------------|
| Einzelpersonen                | 15.068.—    | 14.658.—    |
| Ehepaare                      | 18.970.—    | 18.454.—    |
| Erhöhungsbetrag pro Kind      | 3.162.—     | 3.075.—     |
| Kur- bzw. Erholungsaufenthalt | 251.— tägl. | 244.— tägl. |
| Zuschuß für Zahnkronen        | 1.256.—     | 1.221.—     |

Für Spitalsaufenthalte (seit 1. 1. 1986 keine Einkommensgrenze)

### Für Aushilfen anstelle des Härteausgleiches

(Einkommensgrenze laut internen Richtlinien wie Einkommensgrenze für übersatzungsmäßige Leistungen gemäß § 12 Abs. 4 OFG.)

|                          |          |
|--------------------------|----------|
| Darlehen:                |          |
| Einzelpersonen           | 12.000.— |
| Ehepaare                 | 18.000.— |
| Erhöhungsbetrag pro Kind | 4.000.—  |

Fortsetzung auf Seite 8



Erscheinungsort Wien  
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden  
an den Absender**

Fortsetzung von Seite 7

Da die Mittel des Ausgleichstaxfonds immer beschränkter werden, können Aushilfen, Zuwendungen nach einem 15tägigen Spitalsaufenthalt und zinsenlose Darlehen nur mehr an anspruchsberechtigte Opfer und anspruchsberechtigte Hinterbliebene gewährt werden.

Wir bitten unsere Mitglieder, diese Information nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch aufzubewahren, damit im Bedarfsfalle sich jeder überzeugen kann, ob für ihn eine Leistung in Frage kommt oder nicht.

Da die Unterhaltsrenten schon am 1. 1. 1988 erhöht werden, ist es möglich, daß bei gleichbleibendem sonstigen Einkommen eine kleine Differenz zwischen Einkommen und Satz der Unterhaltsrente entsteht und somit neue Ansuchen um eine Teilunterhaltsrente eingebracht werden kann.

## Niederösterreich

**Landeskönferenz.** Am 17. Oktober 1987 hielt der Landesverband Niederösterreich des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus in Mödling seine Landeskönferenz ab, an der Delegierte aus allen Bezirken teilnahmen. Die Grüße der SPÖ Niederösterreich überbrachte Abgeordneter Josef Hesoun, der auf die Wichtigkeit der Lehren der jüngeren Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft hinwies. Als Vertreter des Bundesverbandes referierte dessen stellvertretender Vorsitzender Abgeordneter a. D. Otto Skritek. Im Tätigkeitsbericht des Landesverbandes wies Landesobmann Leo Lesjak auf die Aktivitäten in den letzten zwei Jahren hin.

Nach dem Kassabericht und dem Bericht der Kontrolle wurden auch mehrere Anträge behandelt. Insbeson-

dere wurde angesichts der von verschiedenen Seiten betriebenen Hetze Parteivorsitzender Dr. Sinowatz der Solidarität der Delegierten versichert.

Die Neuwahl des Vorstandes mit Leo Lesjak, Josef Rohata und Rudolf Winter an der Spitze erfolgte einstimmig. Die Veranstaltung schloß mit dem „Lied der Arbeit“.

## Wir urlauben wieder in Strunjan

Wer verbringt nicht gern einen Urlaub im Kreis netter Freunde? Seit 1984 veranstaltet der Landesverband Niederösterreich (1010 Wien, Grillparzerstraße 14) gemeinsam mit der Bezirksgruppe Floridsdorf Urlaubsfahrten nach Strunjan. Dieser kleine Ort liegt inmitten von grünen Bergen an einem ruhigen Meeresstreifen an der Küste von Istrien. Das Meer ist dort rein, der Strand seicht und das Klima angenehm.

Weil unser Kurhotel Svoboda — bekannt durch seine Bewegungs- und Atemungstherapie — abseits des Fremdenverkehrstrubels liegt, geben wir ihm den Vorzug. Einzigartig ist das große Hallenbad mit vorgewärmtem Meerwasser.

Wir haben für zwei Wochen in der Zeit vom 12. bis 25. Juni 1988 50 Plätze reservieren lassen.

Die Preise bewegen sich zwischen 5000 S (Halbpension) und 6000 S (Vollpension) pro Person auf 2-Bett-Zimmer-Basis. Die Autobushin- und -rückfahrt kostet zirka 830 S.

Wegen des großen Interesses werden die Anmeldungen nach dem Anmeldungsdatum berücksichtigt.

Zur Teilnahme sind alle Mitglieder und Freunde eingeladen.

## Neunkirchen

**Wechsel im Vorsitz der Bezirksgruppe.** Anfang Oktober 1987 trat in der Leitung der Bezirksgruppe Neun-

kirchen ein Wechsel ein. Aus familiären Gründen übergab der langjährige verdiente Landes- und Bezirksfunktionär Genosse Otto Gerhartl die Obmannstelle an den Genossen Rupert Dworak, 2630 Ternitz, Brückengasse 15.

## Hollabrunn

**Albert Dietrich 75.** Anlässlich seines 75. Geburtstages lud der Bezirksgruppenobmann des Bezirkes Hollabrunn, Genosse Albert Dietrich, seine Kampfgefährten und Freunde in die kleinste Stadt Österreichs, nach Hardegg an der Thaya. Nur wenige Meter von der CSSR-Grenze entfernt fand das Treffen statt. Genosse Dietrich beschrieb in seiner Rede die schwierige illegale Arbeit der Revolutionären Sozialisten. Er sprach über den Transport der illegalen „Arbeiter-Zeitung“ von der Tschechoslowakei bis nach Wien. Ab 15. Mai 1934 trug er jede Woche 60 Kilogramm verbotene Druckwerke in Eierkisten bis zu den Übernahmestellen in Wien Neureichgasse, Angeligasse, Davidgasse, Sandleitengasse, Versicherungsanstalt Assicurazioni und Krankenkasse Mariahilfer Straße. Der Transport mit den Kisten fiel deshalb nicht auf, weil seine Eltern einen Kleinhandel mit Eiern und Geflügel betrieben. Insgesamt lieferte er mehr als 4500 Kilo Material an die Verteiler. Am 5. September 1935 wurde er verhaftet und blutig geschlagen. Das Gericht verurteilte ihn zu einem Jahr Haft.

Heute kann Genosse Dietrich auf ein erfolgreiches Leben zurückblicken.

Landesobmann Genosse Lesjak dankte dem Jubilar für seinen Einsatz und überreichte ihm namens des Landesverbandsvorstandes einen Ehrenteller.

## Oberösterreich

**Resolution zum Gedenkjahr 1988.**

Die Landesleitung Oberösterreich des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat bei einer Vorstandssitzung am 20. November 1987 in Linz folgende Resolution beschlossen: „Bei den Gedenkveranstaltungen der SPÖ anlässlich des 13. März 1938 darf nicht verschwiegen werden, daß die Beseitigung der Demokratie und die Zerschlagung der Arbeiterbewegung im Februar 1934 durch den Austrofaschismus erst die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten im März 1938 möglich gemacht hat.“

## An unsere Leser!

Aus Platzgründen mußte die Rubrik „Sprechstunden“ in dieser Nummer unserer Zeitung entfallen. Wir bitten um Verständnis. Redaktionsschluß für die Nummer 1/2 ist der 15. Jänner 1988.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus.  
Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27. Hersteller:  
Vorwärts AG, 1030 Wien, Viehmarktgasse 4.